

Gespaltene Schweiz: Uneinsichtigkeit beim Arbeitgeberverband

Valentin Vogt, Präsident des Schweizer Arbeitgeberverbandes, staunt über die Ängste der Bevölkerung fernab der urbanen Gebiete. Das konsequente Vorbeischauen an der gesellschaftspolitischen Realität empfindet er jedoch nicht als "persönliche Niederlage" und findet die Vorstellung einer gespaltenen Schweiz als „zuviel des Guten“. Dabei zeigte sich schon in den Umfragen des „Beobachters“ im Frühling 2013 im Nachgang zur Zweitwohnungsinitiative eine vergleichbar gespaltene Schweiz: Dies weil es „bei 40% sich ländlich fühlenden städtischen Bewohnern, ... nicht so viel (braucht), um wertkonservativen Anliegen“ zum Durchbruch zu verhelfen: Wissenschaftliche Umfragen zeigen dies schon längst. Es würde dem Polit- und Wirtschaftsestablishment gut anstehen, sich den Abstimmungsfehlprognosen und Selbstbestätigungsstudien endlich zu entziehen und die politische Realität der „Silent Majority“ unverzerrt zur Kenntnis zu nehmen.

So stellte bereits 2004 eine Studie der SPRG fest, dass nur noch eine Minderheit der EinwohnerInnen den Unternehmern und Politikern traut. 2008 hatte das Misstrauen gegenüber „Führungskräften“ schon auf über 50% zugenommen, wie eine Repräsentativumfrage des „Beobachters“ zeigte. Bereits 2008 waren auch 57% der EinwohnerInnen bereits der Meinung, dass Bankgeheimnis sollte in „Fällen von Steuerhinterziehung“ aufgehoben werden. Die Umfragen der Bankiervereinigung suggerierten jedoch noch bis 2012 über 70% angebliche Zustimmung zum Bankgeheimnis. Akzeptanz bezüglich der Kernenergie zeigen auch nur die Auftragsstudien für die Kernenergielobby...

Fehltritte und Realitätsverweigerung bei den machtausübenden Clans, Managern und Politikern wie Bundesrat Schneider-Ammann – welcher die Stimmung wahrscheinlich gekippt hat – halten die Wut von breiten Kreisen der Einwohnerschaft seit Jahren am Kochen. Dies nicht zuletzt, weil eine Mehrheit der EinwohnerInnen seit Jahren keine Wohlstandsvermehrung mehr erfährt. Wenn Lagebeurteilungen sich auf die eigene Nabelschau und Gefälligkeitsumfragen abstützen, kommt es zu solchen als „weitere Unsicherheiten“ verharmlosten Desastern.